

Auer Tageblatt

und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur:
Fritz Anhold;
für die Inserate verantwortlich:
Albert Gächsel,
beide in Aue.

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Illustriertes Sonntagsblatt.

Druck und Verlag:
Gebrüder Benthner
(Inh.: Paul Benthner)
in Aue.

Zeitungsbüro der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags von 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Aue. — Fernsprecher 202.
Für unentgeltlich eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 50 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 40 Pfg. und wöchentlich 10 Pfg. — Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 1.50 Mk. — Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 1.92 Mk. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Deutscher Postzeitungskatalog Nr. — Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Annahme von Anzeigen bis spätestens 9 1/2 Uhr vormittags. Für Aufnahme von größeren Anzeigen an bestimmten Stellen kann nur dann gebürgt werden, wenn sie am Tage vorher bei uns eingehen.
Inserationspreis: Die nebeneinanderstehende Kopfzeile oder deren Raum 10 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechendes Rabatt.

Diese Nummer umfasst 8 Seiten

Das Wichtigste vom Tage.

Für die nächstjährige Generalversammlung des Evangelischen Bundes wurde Mannheim gewählt.

Der Landrat des Marienburger Kreises Fehr. Senfft v. Pilsach, früher auf Samoa tätig gewesen, soll ins Kolonialamt berufen werden.

Die polnische Schulagitation greift jetzt auch auf Westpreußen über.

Der Herzog von Cumberland hat wegen der braunschweigischen Thronfolge Vorschläge unterbreitet, die jedoch vom Kaiser ablehnend beschieden wurden.

Die Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe sind gestern im Buchhandel erschienen.

* Näheres siehe unten.

Der deutsche Reichstag.

Es ist Herbst geworden. Wenn die bunten Blätter von den Wipfeln fallen, dann macht sich der deutsche Staatsbürger gefast darauf, daß ihm in absehbarer Zeit der Reichstag resp. die Reichstagsberichte zum Frühstück vorgelegt werden. Aber in den letzten Jahren hat er eine geraume Weile noch immer warten müssen — der Regierung war es nämlich nicht sehr eilig mit der Einberufung der Herren Gesetzgeber. Sie war in der Regel mit der Aufstellung des Etats noch lange nicht fertig, wenn der Kalender den beginnenden Herbst längst angezeigt hatte, und es wurde in der Regel Ende November, bis der Ruf an die getreuen Mäher der Gesetze erging. Man hat darüber lange genug sich ereifert, wenn dann die Sommerhitze auf die vergoldete Kuppel des Reichstagsgebäudes schien, und die Herren Gesetzgeber noch immer beisammen saßen, und sich gar nicht von einander trennen konnten. Die Hauptschuld an dem Nichtfertigwerden der in Frage stehenden Gesetzesvorlagen ist dann in der Regel der Regierung aufgebürdet worden, weil sie der Anlaß zu der verspäteten Einberufung des Reichstags war, und die Regierung hat sich auch niemals gegen diesen Vorwurf gewehrt — er war eben berechtigt.

Heuer wird es nicht anders, wie es bisher war. Der Reichstag ist ja auch diesmal nur o e r t a g t worden — er wird jedenfalls nicht vor Ende November zusammenberufen werden. Denn schon jetzt bereitet eine des Oesteren offizieller Erläuterung gewürdigte Korrespondenz darauf vor, daß der Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt auch diesmal keinen fertigen Etat vorfinden wird. Natürlich! Die Herren Geheim- und anderen Räte haben den Sommer über sich brav erholt, und mit der bekannten Geschwindigkeit, die in den Tempeln der hohen Obrigkeit schon einmal üblich ist, wird jetzt eben Ziffer für Ziffer zusammengetragen, damit sich jene schöne Summe ergibt, bei deren Ansehen dem deutschen Volk die Augen tropfen werden. Es liegt uns ferne, unmotivierte Vorwürfe zu erheben, aber das muß denn doch ausgesprochen werden: es ist traurig, daß der Reichstag immer wieder vor dem nicht fertiggestellten Etat steht, daß man vom Reichstag auch heuer wieder die Verabschiedung anderer Gesetzentwürfe fordert, ehe man ihm ein klares Bild der finanziellen Lage gibt, die doch in erster Linie bestimmend auf die Haltung der Parteien zu allen anderen Fragen sein muß. Das ist eine Lässigkeit, die beinahe das Maß des Erlaubten übersteigt, und wir finden nicht, daß der Reichsregierung der Tadel erspart bleiben kann, daß sie durch ihr Zögern auch dem kommenden Tagungsabschnitt wieder von vornherein schadet.

Gewiß ist richtig, was die angezogene viertelsoffizielle Korrespondenz behauptet: daß die Herren Gesetzgeber auch ohne Etat vorerst gehen zu tun haben werden. Dafür ist ja von der Speisekarte des vergangenen Tagungsabschnittes mehr als genug übrig geblieben. Also mögen sich die Reichsboten über die schönen Reste hermachen, die man ihnen vorsehen wird, wenn erst einmal Schnee gefallen ist. Es ist vom Grafen Posadowsky beispielsweise schon angedeutet worden, daß man den Reichstag baldmöglichst mit der Frage des kleinen Besatzungsnachweises beschäftigen will. Das ist an sich ganz in Ordnung, nur scheint es uns verfrüht, erst Anfang Dezember damit zu beginnen. Da werden wir es erleben, daß eine an sich so hochwichtige Frage, wie die des Befähigungsnachweises im Baugewerbe in erster Lesung behandelt und dann bis zur Erledigung des Etats wieder zurückgestellt werden muß. Die paar Tage, die der Reichstag vor Weihnachten beisammen sein wird, werden auf keinen Fall genügen, um den Gesetzentwurf ruhig und so gründlich durchzuberaten, wie seine Wichtigkeit es erfordert. Ist der Reichstag aber erst einmal wieder mit dem Staat beschäftigt, dann kommt der Sommer und der Gesetzentwurf ist noch nicht fertig. Die Bauhandwerker aber wissen wieder einmal ein Jahr lang nicht, was werden soll, und wer ist daran

schuld? Doch schließlich nur die Stelle, die eine frühere Erledigung des Gesetzes dadurch unmöglich gemacht hat, daß sie eben den Reichstag nicht früher einberufen hat.

Wir wollen hier gar nicht alles aufzählen, was der Reichstag vor Weihnachten noch bringen zu tun hätte. — Schon der Hinweis auf den einen Gesetzentwurf genügt zur Konstatierung der Tatsache, daß es im kommenden Winter wieder genau so gehen wird, wie in den vielen vergangenen. Die alten Klagen über das langsame Fortschreiten der Verhandlungen werden wieder kehren. — Die Hauptschuld liegt aber bei der Reichstagsregierung. Wir wissen nicht, welche edle Rücksichtnahme auf hochgestellte Herren an der fortwährenden Verspätung im Funktionieren der Reichsmaschine schuld ist, aber diese Verspätung muß bedauert werden. Sie ist es, die nicht zum geringsten das großgezückelt hat, was man mit dem geflügelten Wort der Reichsverdroffenheit bezeichnet.

Es ist wirklich ärgerlich, daß die Öffentlichkeit immer wieder den gleichen Fehler zu rügen hat, daß man oben nicht hört, und nicht hören will. Man hat dem Reichstag Diäten gewährt, wenn auch mit Widerstreben, und man müßte annehmen, daß die Reichsregierung unter solchen Umständen auch an den Reichstag gesteigerte Ansprüche stellen möchte. Das wäre nur billig. Leider aber ist es nicht der Fall, und der alte langsame Schritt geht unbehindert weiter, zum Schaden des deutschen Volkes, zum Schaden des deutschen Reichstags, der an Popularität gewiß nicht gewinnt, wenn er nichts fertig bringt, und zum Schaden der Reichsregierung. Fürst Bülow ist doch sonst nicht so, wenn es irgendwo in seinem Beamtenkörper pudet. Warum fährt er nicht hinein wie ein heiliges Donnerwetter in die Schar seiner Arbeiter, die nicht rechtzeitig fertig zu werden wissen? Es wäre endlich an der Zeit, daß Abhilfe geschaffen würde!

Die Braunschweigische Thronfolgefrage.

W. Zwischen dem Kaiser und dem Herzog von Cumberland, sowie zwischen dem letzteren und dem Reichstanzler Fürsten Bülow hat wegen der Regierung in Braunschweig ein Briefwechsel stattgefunden, den die Nordd. Allgem. Ztg. zu veröffentlichen ermächtigt ist, und dessen Inhalt wir gestern nachmittags schon durch Extra-Blatt verbreiten konnten. Das Schreiben des Herzogs von Cumberland an den Kaiser lautet:

„Durchlauchtiger, großmächtiger Kaiser und König, freundlichster Vetter und Bruder! Die Resolution, die die Landesversammlung des Herzogtums Braunschweig zur Neuordnung der Regierungsverhältnisse des Herzogtums am 25. v. Mts. angenommen und das herzogliche Staatsministerium mir zur Kenntnis gebracht hat, gibt mir Anlaß, an Eure Kaiserliche und Königl. Majestät mit einer freundlichen Bitte mich zu wenden. Es ist mein Wunsch, eine endgültige Ordnung der Regierungs-Verhältnisse im Herzogtume Braunschweig auf dem Wege herbeizuführen zu sehen, daß ich und mein ältester Sohn Prinz Georg Wilhelm unsere Rechte auf die Regierung im Herzogtum auf meinen jüngsten nach braunschweigischem Hausgesetz volljährigen Sohn Prinz Ernst August übertragen und daß dieser als Herzog die Regierung übernehme. Mir und meinem ältesten Sohne sowie dessen Descendenten würde die Zulassung in Braunschweig für den Fall vorbehalten bleiben, daß die Linie meines jüngsten Sohnes erlöschen sollte. Die Verzichtleistung auf den braunschweigischen Thron würden ich und mein ältester Sohn ausprechen, sobald die Gewißheit besteht, daß der Regierungs-Übernahme meines jüngsten Sohnes keine Hindernisse entgegenstehen. Diese meine Absichten und meinen Wunsch bitte ich, dem allerdurchlauchtigsten Wohlwollen Eurer Kaiserlichen und Königl. Majestät empfehlen zu dürfen. Mit der Übertragung der vollkommnen Hoheit und Freundlichkeit verbleibe ich Eurer Kaiserlichen und Königl. Majestät fernwilliger Vetter und Bruder (ges.) Ernst August, Gumbden, 2. Oktober 1906.“

Das Schreiben des Herzogs an den Reichstanzler lautet: „Ew. Durchlaucht beehre ich mich, die Absicht eines Schreibens, das ich an des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen Majestät wegen Übernahme der Regierung im Herzogtum Braunschweig gerichtet habe, zur geneigten Kenntnis hierdurch zu übersenden und Ew. Durchlaucht als den Vorsitzenden des Bundesrates zu bitten, von dem Inhalte des Schreibens dem Bundesrat Mitteilung machen zu wollen, sobald Ew. Durchlaucht dies für angezeigt halten. Jedem ich die freundliche Bitte ausspreche, daß Ew. Durchlaucht der Vermittlung meines in dem Dankschreiben Sr. Majestät unterbreiteten Vorschlages geneigte Unterstützung angeben lassen wollen, verbleibe ich mit vollkommener Hochachtung Ew. Durchlaucht ergebender (ges.) Ernst August, Gumbden, 2. Oktober 1906.“

Das Schreiben des Kaisers an den Herzog von Cumberland hat folgenden Wortlaut: „An des Prinzen Ernst August von Großbritannien und Irland, Herzogs von Cumberland, Königl. Hoheit. Durchlauchtigster Fürst, freundlichster Vetter! Ew. Königl. Hoheit Schreiben vom 2. Oktober habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Die Regierung in Braunschweig ist durch Bundesratsbeschlüsse vom

2. Juli 1885 in der nach Lage der Verhältnisse durch die Interessen des Reiches gebotenen Weise geregelt worden. Als berufener Hüter dieser Interessen muß ich Anstand nehmen, zu einer Neuverteilung die Hand zu bieten, so lange die Sach- und Rechtslage, die zu dem gedachten Bundesratsbeschlusse geführt hat, unverändert fortbesteht. Der Inhalt Ew. Königl. Hoheit Schreiben bietet aber keinen Grund, diese Lage als verändert anzusehen. Ich sehe mich daher außer Stande, der Mir von Ew. Königl. Hoheit ausgesprochenen Bitte näher zu treten. Ew. Königl. Hoheit bitte ich, die Versicherung der ausgezeichneten Hochachtung entgegen zu nehmen, mit der ich bin Ew. Königl. Hoheit freundlicher und ergebener Vetter. (ges.) Wilhelm I. R. Moniten, 10. Okt. 1906.“

Das Schreiben des Reichstanzlers an den Herzog von Cumberland enthält lautet:

„Ew. Königl. Hoheit dem Prinzen Ernst August von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland. Ew. Königl. Hoheit beehre ich mich, mit untertänigstem Danke den Empfang des gnädigsten Schreibens vom 2. d. M. zu bestätigen, mit dem Ew. Königl. Hoheit mir Abschrift des von Ihnen an Se. Majestät den Kaiser und König wegen der Regierung im Herzogtum Braunschweig gerichteten Schreibens zur Kenntnis überreicht hat. Was Ew. Königl. Hoheit Wunsch nach Mitteilung dieses Schreibens an den Bundesrat betrifft, so muß ich mir eine Entschädigung darüber vorbehalten; dagegen sehe ich mich zu meinem Bedauern außer Stande, die gewünschte Unterstützung des von Ew. Königl. Hoheit Sr. Majestät dem Kaiser unterbreiteten Vorschlages zuzufügen. Die Gesichtspunkte, nach denen ich als Reichstanzler wie als preussischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten pflichtmäßig die braunschweigische Frage zu behandeln habe, sind in zwei dieser Eigenschaften von mir mit Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers an die herzoglich braunschweigische Regierung gerichtet, inzwischen der Öffentlichkeit übergebenen Schreiben dargestellt. Von dem in diesem Schreiben eingezeichneten Standpunkte aus glaube ich, in Ew. Königl. Hoheit Vorschlag eine für die Reichsinteressen annehmbare Lösung nicht erblicken zu können. Mit dem Ausdruck meiner ehrerbietigsten Gefühnungen verbleibe ich als Ew. Königl. Hoheit untertänigster (ges.) Fürst Bülow, Reichstanzler. Domburg v. d. Höhe, 7. Oktober 1906.“

Politische Tageschau. Deutsches Reich.

Aue, 11. Oktober 1906.

Zur Reise des Herrn v. Tschirschny nach Italien.

Wiener Blätter haben sich beeilt, um die Reise des Staatssekretärs des Auswärtigen Freiherrn von Tschirschny nach Oesterreich-Ungarn und Italien äppige Kränze von Vermutungen und Deutungen zu winden. Die Einbildungskraft war hierbei weit geschäftiger als die Sachkunde. Zwar ist ohne weiteres anzunehmen, daß der Staatssekretär, obgleich er sich auf Urlaub befindet, sobald er mit deutschen Botschaftern und österreichisch-ungarischen und italienischen Staatsmännern zusammentrifft, nicht ausschließlich von der Jagd, vom Wetter und ähnlichen seltenen Dingen sprechen wird. Wenn aber österreichische Blätter sowohl als italienische immer wieder den Dreieck und aufs Tapet bringen und es jetzt als die Aufgabe des Herrn v. Tschirschny bezeichnen, das Bestehen dieses Bundes zu sichern, so trifft das zweifellos nicht zu. Wir können uns die Anhebungen nicht anders erklären, als daß von den betreffenden Stellen die Tatsache außer acht gelassen wird, daß der Dreieck das letzte Mal um das Doppelte der Zeit, für die er früher abgeschlossen wurde, verlängert worden ist. Der Dreieck besteht noch eine Reihe von Jahren. Eine andere Frage ist die, welche Bedeutung ihm beizumessen. Doch diese Frage steht augenblicklich nicht auf der Tagesordnung. Die in Rom erscheinende „Tribuna“ schreibt: Diese Reise sei weder bestimmt von der Notwendigkeit, besondere Fragen zu diskutieren, noch von dem Wunsche, den Gesandten eines Bündnisses aufzuhelfen, das klar seinen vorgezeichneten und allen wohlbekannten und undisputierbaren Weg gehe. Der Besuch sei vielmehr nur der Ausdruck der intimen Beziehungen, wie sie immer zwischen Italien und Deutschland bestanden hätten, wie die früheren Begegnungen Tittoni mit Fürst Bülow. Da dieser jetzt Deutschland nicht verlassen könne, komme an seiner Stelle Herr v. Tschirschny, und dieser werde mit Tittoni an jener Stelle die herzliche Unterredung wieder aufnehmen, wo sie selbsterzeit in Baden unterbrochen worden sei, wo sich Tittoni in allen Fragen der internationalen Politik einzig mit dem Kanzler zeigte. Tittoni kennt übrigens Herrn v. Tschirschny; er hat ihn zweimal in Neapel in der Umgebung des Kaisers gesehen. Beide Staatsmänner hatten daher bereits Gelegenheit, sich mit den beiden Länder interessierenden Fragen gemeinsam zu beschäftigen, und Italien bietet dem angenehmen Gast um so lieber den Willkommen, als diese Zusammenkunft vor allem dem Frieden diene.

Zu Gerüchten von einer neuen Militärvorlage

hatte die Tatsache Anlaß gegeben, daß sich Staatssekretär Fehr. von Steinel und Kriegsminister von Clemen nach Homburg zum Reichstanzler begaben, um mit ihm über den neuen Militäretat zu konferieren. Dazu schreibt jetzt die N. pol. Corr.: Es sei nochmals nachdrücklich festgestellt, daß von irgendwelchen Forde-